

**Erster Bürgermeister Flatscher** eröffnet um 17.00 Uhr die öffentliche Sitzung. Der Sitzungsleiter stellt fest, dass die Ladung ordnungsgemäß erfolgte und die Beschlussfähigkeit des Stadtrates mit 21 anwesenden und stimmberechtigten Mitgliedern gegeben ist.

Entschuldigungen liegen vor:

Stadtratsmitglied Reiter-Hiebl	kommt später
Stadtratsmitglied Bräuer	entschuldigt
Stadtratsmitglied Löw	entschuldigt
Stadtratsmitglied Rilling	entschuldigt

**Beschluss:**

**Mit der Tagesordnung zur Sitzung besteht Einverständnis.**

**Abstimmungsergebnis:**

**JA 21 Stimmen**  
**NEIN 0**

Dieser Sitzung liegt folgende

**T a g e s o r d n u n g**

zugrunde:

1. Genehmigung der Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung vom 20.03.2017 und Freigabe ihrer Veröffentlichung im Internet
2. Vorstellung des Leiters des Aufbaustabs Bundespolizei-Inspektion Freilassing, Polizeidirektor Edgar Dommermuth
3. Feststellung der Jahresabschlüsse 2013 bis 2015 der Stadtwerke Freilassing und Entlastung der Organe
4. Integriertes Stadtentwicklungskonzept (ISEK); Bericht aus der Lenkungsgruppe
5. Zwischenbericht zum Masterplan Innenstadt und Zustimmung zum „Rahmenplan Bahnareal (Stand Februar 2017)“ als Grundlage für die weitere Entwicklung des Bahnhofareals
6. Wünsche und Anfragen

**Beratung und Beschlussfassung:**

**1. Genehmigung der Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung vom 20.03.2017 und Freigabe ihrer Veröffentlichung im Internet**

**Beschluss:**

**Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung vom 20.03.2017 wird genehmigt und zur Veröffentlichung im Internet freigegeben.**

**Abstimmungsergebnis:**

**JA 21 Stimmen**  
**NEIN 0**

**2. Vorstellung des Leiters des Aufbaustabs Bundespolizei-Inspektion Freilassing, Polizeidirektor Edgar Dommermuth**

**Stadtratsmitglied Reiter-Hiebl** kommt um 17.04 Uhr zur Sitzung. Damit sind 22 Mitglieder des Stadtrates anwesend und stimmberechtigt.

**Erster Bürgermeister Flatscher** leitet den Tagesordnungspunkt mit folgenden Informationen ein:

- ab dem Jahre 2008
  - ✓ intensivste Bemühungen der Stadt Freilassing, eine Ansiedlung der Bundespolizei in Freilassing zu erreichen;
  - ✓ die nächsten Jahre: Finanzierung seitens des Bundes ungeklärt
- ab dem Jahre 2010
  - ✓ Aussage des Bundes, dass der Standort Freilassing für eine Dienststelle der Bundespolizei gesichert sei;
  - ✓ Überlegungen des Bundes bezüglich der baulichen Gestaltung des Dienstgebäudes nach einsatztaktischen, kostenmäßigen und räumlichen Erwägungen
  - ✓ Information des Bundes, dass das Projekt europaweit ausgeschrieben werden müsse
- ab dem Jahre 2011
  - ✓ zahlreiche Anfragen der Stadt Freilassing über den gegenwärtigen Sachstand;
  - ✓ Aussage des Bundes: Die bestehenden Rahmenbedingungen müssten überarbeitet werden
- ab dem Jahre 2012
  - ✓ MdB Dr. Ramsauer sowie zuständigen Dienststellen des Bundes (aufgrund erneut regelmäßiger Anfragen der Stadt Freilassing): Kostenberechnung für den geplanten Neubau müsse ein weiteres Mal überarbeitet werden

- ab dem Jahre 2015
  - ✓ Landrat Grabner unterstützt die Bemühungen der Stadt Freilassing mittels entsprechendem Schreiben an Bundesinnenminister Dr. de Maizière;
  - ✓ „Flüchtlingsansturm“;
  - ✓ Aussage des Bundes: „Wir stehen nicht am Anfang, sondern vor dem Anfang.“ Vor diesem Hintergrund sei das inzwischen erarbeitete Konzept erneut zu überdenken (Personalstärke, Anforderungen an das Grundstück, Gebäudeplanung, Finanzierung usw.). Es müsse ein neues Verfahren eingeleitet werden, um diese Fragen gründlich zu klären;
  - ✓ weiterer Vorstoß der Stadt Freilassing beim Bundesinnenministerium mit der dringenden Bitte um detaillierte Informationen, damit die Ansiedlung der Bundespolizei zielgerichtet unterstützt werden könne
- ab dem Jahre 2016
  - ✓ regelmäßige Nachfragen über den aktuellen Sachstand;
  - ✓ schriftliche Unterstützung der städtischen Belange durch MdL Kaniber bei der Bayerischen Staatskanzlei;
  - ✓ Bund informiert über künftige Organisationsstruktur der bisherigen Bundespolizei-Inspektion Rosenheim: Unter anderem künftig eine Bundespolizeiinspektion Freilassing (einschließlich dem Bundespolizei-Revier Mühldorf, das bisher der Bundespolizeiinspektion Passau zugeordnet ist);
  - ✓ „Ball kommt plötzlich schnell ins Rollen“: Vorbereitungen für einen Aufbau eines Planungsstabes (Interimsunterbringung auf dem Grundstück neben der Lokwelt, entsprechendes Gebäude soll in „Modul“-Bauweise erfolgen.

**Polizeidirektor Dommermuth** erläutert die Organisation und Aufgabenstellung der Bundespolizei. Die Einzelheiten ergeben sich aus einer Power-Point-Show, die dem Original dieser Niederschrift als **Anlage 1** beigelegt ist.

In diesem Zusammenhang weist er ausdrücklich darauf hin, dass die Bundespolizei-Inspektion Freilassing auch ihren endgültigen Standort in Freilassing haben werde. Natürlich unterstütze die Bundespolizei seit geraumer Zeit den regelmäßig schriftlich, mündlich und in sonstiger Weise geäußerten Wunsch der Stadt Freilassing, die aktuelle Grenzkontrollstelle auf Höhe der Rupertusbrücke (Grenzbrücke) bis auf Höhe des ehemaligen „Grenzübergangs“ und damit auf österreichisches Territorium zu verlegen. Allerdings sei hierfür die Zustimmung der zuständigen österreichischen Behörden erforderlich. Die entsprechenden Gespräche hierzu fänden auf ministerieller Ebene zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Österreich statt. Deshalb könne die Bundespolizei über den gegenwärtigen Verhandlungsstand keine belastbaren Aussagen treffen. Eine ähnliche Konstellation sei im Übrigen am Grenzübergang Passau/Suben gegeben; aber auch dort habe diesbezüglich noch keine zufriedenstellende Lösung gefunden werden können.

Der Stadtrat nimmt Kenntnis.

### **3. Feststellung der Jahresabschlüsse 2013 bis 2015 der Stadtwerke Freilassing und Entlastung der Organe**

Herr Professor Dr. Schwarzmann wurde von den Stadtwerken gemäß Werkausschussbeschluss vom 16.11.2016 beauftragt die Jahresabschlüsse von 2013 bis 2015 gemäß Art

107 GO zu prüfen. Der Prüfung liegen die „Allgemeinen Geschäftsbedingungen vom 01.01.2017“ zu Grunde.

Herr Professor Dr. Schwarzmann, Wirtschaftsprüfer, führte in der Zeit Dezember 2016 sowie Januar und Februar 2017 die Prüfungen durch. Die Prüfung wurde am 8. Februar abgeschlossen.

- Auftrag und Auftragsdurchführung
- Prüfung nach § 316 ff. HGB
  - Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung
  - Lagebericht
- Prüfung nach § 53 HGrG
- Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung
- Darstellung der wirtschaftlichen Verhältnisse

Prüfungshandlungen und –ergebnisse sind im Detail im **Prüfungsbericht vom 08. Februar 2017** dargestellt.

Eine Ausfertigung des Berichtes in Kopie über die Prüfung der Jahresabschlüsse 2013 bis 2015 wurde den Gremien im Sitzungsakt der Stadtratssitzung hinterlegt.

Die Jahresabschlussprüfung wurde nach § 317 HGB und Art. 107 GO Bay unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen.

Der Beschluss über die Feststellung des Jahresabschlusses ist ortsüblich bekanntzugeben. In der ortsüblichen Bekanntgabe sind der Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers oder der Vermerk über dessen Versagung und die beschlossene Verwendung des Jahresgewinns oder des Jahresverlustes anzugeben. Gleichzeitig sind der Jahresabschluss und der Lagebericht an sieben Tagen öffentlich auszulegen; in der Bekanntgabe ist auf die Auslegung hinzuweisen.

**Wirtschaftsprüfer Professor Dr. Winfried Schwarzmann** erteilt folgenden uneingeschränkten Bestätigungsvermerk:

„Die Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt. Nach meiner Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entsprechen die Jahresabschlüsse zum 31. Dezember 2013, 2014 und 2015 der deutschen handelsrechtlichen und den ergänzenden landesrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung und vermitteln unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Eigenbetriebs. Die Lageberichte stehen in Einklang mit den Jahresabschlüssen, vermitteln insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Eigenbetriebs und stellen die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar. Die wirtschaftlichen Verhältnisse des Eigenbetriebs wurden geprüft, sie geben keinen Anlass zu wesentlichen Beanstandungen.“

Die Einzelheiten ergeben sich aus einer Power-Point-Show, die dem Original dieser Niederschrift als **Anlage 2** beigefügt ist.

#### **a) Feststellung der Jahresabschlüsse 2013 – 2015**

##### **Beschluss:**

**Der Stadtrat beschließt, die Jahresabschlüsse 2013 – 2015 mit folgenden Jahresergebnissen festzustellen:**

<b>Jahr</b>	<b>Bilanzsumme</b> €	<b>Jahresergebnis</b> €
<b>2013</b>	<b>4.036.164,31</b>	<b>+80.790,42</b>
<b>2014</b>	<b>3.929.125,27</b>	<b>+103.643,69</b>
<b>2015</b>	<b>3.702.311,48</b>	<b>+6.778,67</b>

**Die Jahresgewinne der Jahr 2013 bis 2015 werden mit dem Eigenkapital der Stadtwerke verrechnet.**

**Abstimmungsergebnis:**

**JA 22 Stimmen**  
**NEIN 0**

**b) Entlastung der Werkleitung und des Werkausschussvorsitzenden für die Jahre 2013 - 2015**

**Erster Bürgermeister Flatscher** ist bei diesem Tagesordnungspunkt persönlich beteiligt (Art. 49 Abs. 1 Satz 1 GO). Damit sind bei diesem Tagesordnungspunkt 21 Mitglieder des Stadtrates anwesend und stimmberechtigt.

Der Rechnungsprüfungsausschuss der Stadt Freilassing führte die örtliche Prüfung der Jahresrechnungen 2013 am 09.12.2014, für das Jahr 2014 am 26.01.2016, für das Jahr 2015 am 24.10.2016 und am 22.11.2016 stichprobenartig durch. Danach wurde die Rechnungslegung der Stadtwerke nicht beanstandet.

Die Stadtwerke unterliegen weiterhin der örtlichen Rechnungsprüfung, (Art. 103 Abs. 1 GO).

**Beschluss:**

**Der Stadtrat beschließt, die Werkleitung und den Werkausschussvorsitzenden für die Jahre 2013 – 2015 zu entlasten.**

**Abstimmungsergebnis:**

**JA 21 Stimmen**  
**NEIN 0**

#### **4. Integriertes Stadtentwicklungskonzept (ISEK); Bericht aus der Lenkungsgruppe**

**Erster Bürgermeister Flatscher** informiert, es sei vorgesehen, dass die ISEK-Lenkungsgruppe im Herbst dieses Jahres dem Stadtrat eine Empfehlung vorlegen werde, wie künftig thematisch weiter vorgegangen werden könnte.

Im Übrigen habe der bisherige Moderator Manfred Brennecke in der letzten Lenkungsgruppen-Sitzung erklärt, dass er seine Tätigkeit aufgeben werde. Er schlage vor, die künftige Moderation einer Person anzuvertrauen, die die Stadt Freilassing in den nächsten Jahren auch städteplanerisch unterstützen werde.

**Stabstellenleiter Dr. Zeeb** stellt eine Übersicht über die Ziele und Vorschläge aus dem ISEK sowie den Diskussionsstand dazu in der Lenkungsgruppe vor. Die Übersicht ist dieser Niederschrift als **Anlage 3** beigefügt.

**Erster Bürgermeister Flatscher** fasst zusammen, das in den Jahren 2011/2012 entwickelte Stadtentwicklungskonzept sei nicht „fertig“, es entwickle sich ständig weiter. Der bisherige Moderator habe die Stadt mit einem Organismus verglichen, der nur funktioniere, wenn alle an einem Strang zögen. Das ISEK sei also ein Instrument, damit alle an einem Strang zögen. Die Lenkungsgruppe sei ein Gremium als Bindeglied zwischen der Bürgerschaft und dem Stadtrat. Der Fokus müsse also auf dem Gemeinwohl liegen, nicht auf dem Vorteil einzelner. Insbesondere sei auch bezahlbarer Wohnraum wichtig. Zum Bahnhofsareal müsse der Stadtrat klare Vorgaben erarbeiten. Die Stadtverwaltung bearbeite im Rahmen des ISEK viele Projekte parallel und sollte dementsprechend personell aufgestockt werden, um die anstehenden Aufgaben lösen zu können.

Der Stadtrat nimmt Kenntnis.

#### **5. Zwischenbericht zum Masterplan Innenstadt und Zustimmung zum „Rahmenplan Bahnareal (Stand Februar 2017)“ als Grundlage für die weitere Entwicklung des Bahnhofareals**

**Stadtplaner Prof. Dr. Schirmer** stellt den derzeitigen Stand des Masterplans Innenstadt (einschließlich des Bahnhofsumfelds) vor. Die Einzelheiten dazu ergeben sich aus einer Power-Point-Show, die dem Original dieser Niederschrift als **Anlage 4** beigefügt ist.

**Stadtplaner Prof. Dr. Schirmer** erklärt darüber hinaus auf Anfragen aus dem Gremium Folgendes:

- Die im Masterplan aufgezeigten Möglichkeiten folgen dem übergeordneten Ziel, die Innenstadt zu revitalisieren.
- Zur (möglichst raschen) Verwirklichung der im Masterplan aufgezeigten Ideen ist eine formal beschlossene Planung nötig. Dieser Beschluss basiert regelmäßig auf einer Machbarkeitsstudie. Ausgangspunkt hierfür ist wiederum, dass bestimmte Kernpunkte vorgegeben seien (zum Beispiel in Freilassing: Verlegung der Rupertusstraße [?], Durchführung eines Bebauungsplan-Verfahrens für den Bahnhofsbereich [?]).
- Grundstücke, die sich in Privateigentum befänden, könnten unter bestimmten Voraussetzungen mit einem kommunalen Zuwendungsprogramm, das mit der staatlichen Städtebauförderung gekoppelt sei, gefördert werden.

**Beschluss:**

**Der Stadtrat beschließt, den Zwischenbericht – Stand – 08. März 2017 - zum Masterplan Innenstadt zur Kenntnis zu nehmen und den Rahmenplan Bahnareal – Stand 08. März 2017 - als Grundlage für die weitere Entwicklung des Bahnhofareals festzulegen.**

**Abstimmungsergebnis:**

**JA 21 Stimmen**

**NEIN 1 Stimme**

**Hinweis:**

**Definition Bahnareal: Die dazu einschlägige Seite 105 der oben genannten Power-Point-Show ist dieser Niederschrift als Anlage 5 beigelegt.**

## **6. Wünsche und Anfragen**

### 1. Wirtschaftsförderung in Freilassing (Projekt „Standortmarketing“)

**Erster Bürgermeister Flatscher** weist auf ein Schreiben des Wirtschaftsforums Freilassing (WIFO) vom 10.04.2017 hin, in dem sich das WIFO für die finanzielle und fachliche Unterstützung durch die Stadt Freilassing zum Projekt „Standortmarketing“ herzlich bedankt.

**Stadtratsmitglied Braun** bedauert, die Stadtratsmitglieder seien trotz der großzügigen städtischen Hilfeleistung auch in diesem Jahr nicht zur Jahreshauptversammlung des WIFO eingeladen worden.

Der Stadtrat nimmt Kenntnis.

### 2. Sitzung der Kommission zum Schutz gegen Fluglärm und gegen Luftverunreinigung durch Flugzeuge für den Flughafen Salzburg am 4. April 2017

Die Kommissionssitzung wurde vom Vorsitzenden, Erster Bürgermeister Josef Flatscher, kurz nach Beginn beendet.

Es ist nicht richtig, dass die deutschen Mitglieder und Teilnehmer die Kommissionssitzung verlassen hätten.

Richtig ist, dass die Sitzung vom Kommissionsvorsitzenden beendet wurde.

Aus zweierlei Gründen:

1. Es waren bestimmte österreichische Teilnehmer, die speziell für Fragen zu den Ergebnissen des „Gemeinsamen Technischen Ausschusses“ und deren Umsetzung zuständig sind, nicht anwesend.

2. Außerdem war zu erkennen, dass die Austro Control zu etlichen offenen Anträgen und Anfragen, die teilweise schon aus Sitzungen seit 2014 anstehen, keine Aussagen treffen werden.

Über offene Anträge und Anfragen wird seit vergangenem Jahr eine Liste geführt, die allen Teilnehmern – also auch den entsprechenden Institutionen – rechtzeitig vor der Sitzung zugestellt werden.

In der letzten Kommissionssitzung im Herbst 2016 hat die Austro Control bei etlichen Tagesordnungspunkten auf den „Gemeinsamen Technischen Ausschuss“ verwiesen. In der Sitzung am 04.04.2017 bemerkte Fluglärmkommissionsmitglied Bettina Oestreich, dass genau diese Themen in den Sitzungen des technischen Ausschusses so gut wie nicht behandelt wurden. Frau Oestreich war Mitglied im Technischen Ausschuss.

Es hätte also wenig Sinn gemacht, eine Sitzung fortzuführen, in der die Teilnehmer zu manchen Tagesordnungspunkten und Themen keine Auskünfte bekommen würden.

Die meisten Kommissionsteilnehmer fühlten sich - auf gut deutsch – brüskiert!

Wie der Vertreter des Bayerischen Staatsministeriums des Innern, für Bau und Verkehr, der an mehreren deutschen Fluglärmkommissionen teilnimmt, mitteilte, würden solche Sitzungen, bei denen die zuständige deutsche Flugsicherung nicht anwesend wäre oder keine Stellungnahme abgeben würde, sofort beendet.

**Erster Bürgermeister Flatscher** erklärt auf Nachfrage, seitens der österreichischen Stellen sei bisher keine Reaktion darauf erfolgt, dass die Sitzung vorzeitig beendet worden sei. Auch im Hinblick auf eine mögliche Dienstaufsichtsbeschwerde gegen verantwortliche österreichische Bedienstete könne selbstverständlich nachgedacht werden, sobald zur Sache noch nähere Informationen vorlägen.

Der Stadtrat nimmt Kenntnis.

### 3. Beginn der Badesaison im Freibad Brodhausen

**Erster Bürgermeister Flatscher** informiert, der Beginn der Badesaison sei aufgrund der momentanen Witterungsverhältnisse und der schlechten Wetterprognose noch ungewiss. Voraussichtlich bereits in den nächsten Tagen würde aber aus organisatorischen Gründen das auf der Staatsstraße 2104 während der Freibadsaison übliche Tempolimit angeordnet, dann erstmals beschränkt auf die tägliche Freibad-Betriebszeit von 8.00 Uhr bis 20.00 Uhr.

Der Stadtrat nimmt Kenntnis.

### 4. Beschilderung der Baustelle am Salzburger Platz

**Stadtratsmitglied Judl** moniert, dass die aktuelle Baustelle am Salzburger Platz nicht mit einer Ampelanlage geregelt werde.

**Technischer Bauamtsleiter Hiebl** erklärt, von der staatlichen Straßenbauverwaltung sei während der Bauarbeiten am Salzburger Platz eine Ampelanlage für nicht notwendig erachtet worden, nachdem der Verkehr dort sowohl von als auch nach Salzburg zweispurig



abgewickelt werden könne und damit keine zumindest außergewöhnlichen Verkehrsbehinderungen zu befürchten wären.

Der Stadtrat nimmt Kenntnis.

5. Parkende Fahrzeuge in der Hauptstraße zwischen Salzburger Platz und Sebastianigasse (Höhe Sparkassengebäude)

**Stadratsmitglied Hartmann** weist darauf hin, in der Hauptstraße werde zwischen Salzburger Platz und Sebastianigasse (Höhe Sparkassengebäude) häufig widerrechtlich geparkt. Dieser Umstand führe an dieser Stelle mittlerweile häufiger zu Verkehrsbehinderungen.

**Erster Bürgermeister Flatscher** sichert eine Überprüfung der Angelegenheit zu.

Der Stadtrat nimmt Kenntnis.

6. Tempo 30-Beschilderung im südlichen Abschnitt der Straße „Sonnenfeld“

**Stadratsmitglied Hartmann** moniert, im südlichen Abschnitt der Straße „Sonnenfeld“ fehle derzeit die an und für sich geltende Tempo 30-Beschilderung.

**Erster Bürgermeister Flatscher** sichert eine Überprüfung der Angelegenheit zu.

Der Stadtrat nimmt Kenntnis.

7. Anfrage der Fraktion Grüne-Bürgerliste zur Trinkwasserqualität

Die Anfrage ist dieser Niederschrift als **Anlage 6** beigefügt.

**Erster Bürgermeister Flatscher** sichert eine Überprüfung zu.

Der Stadtrat nimmt Kenntnis.

8. Sanierung der Lindenstraße (Höhe Hermann-Ober-Platz)

**Stadratsmitglied Schneider** erkundigt sich, wann die geplante Sanierung der Lindenstraße in Höhe des Hermann-Ober-Platzes umgesetzt werden könne.

**Technischer Bauamtsleiter Hiebl** erklärt, die Arbeiten zur Sanierung dieses Streckenabschnittes würden ausgeschrieben und anschließend vergeben, sobald die Stadt Freilassing zugesichert bekomme, dass sie den ursprünglich erhaltenen staatlichen Zuwendungsbetrag nicht (teilweise) zurückzahlen müsse.

Der Stadtrat nimmt Kenntnis.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, schließt **Erster Bürgermeister Josef Flatscher** die öffentliche Sitzung um 20.33 Uhr.

Die Sitzungsniederschrift wird genehmigt in der Stadtratssitzung am 22.05.2017.

Freilassing, 24.04.2017  
STADT FREILASSING

Schriftführer:

Josef Flatscher  
Erster Bürgermeister

Helmut Wimmer